



“Unsere Demokratie erneuern – der Mensch im Mittelpunkt!”

Grundsatzprogramm der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER

20.10.2012

Inhalt

I. Grundsätze	1
II. Gesellschaft	3
1. Familie	3
2. Jugend.....	4
3. Senioren	5
4. Demographischer Wandel	5
5. Bürgerschaftliches Engagement.....	6
6. Integration.....	6
III. Finanzpolitik	8
1. Staatsfinanzen	8
2. Finanzmarkt	9
3. Währungsstabilität	10
IV. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	11
1. Frühkindliche Bildung	11
2. Schule.....	11
3. Berufliche Bildung.....	12
4. Hochschule	13
5. Wissenschaft und Forschung.....	13
6. Kultur	14
7. Sport	14
V. Arbeit, Sozial- und Gesundheitspolitik	16
1. Arbeit und Soziales	16
2. Gesundheitspolitik	17
VI. Kommunen, öffentlicher Dienst und Bürokratieabbau	19
1. Kommunen	19
2. Öffentlicher Dienst	20
3. Bürokratieabbau	20
VII. Innere Sicherheit und Justiz	22
1. Innere Sicherheit.....	22
2. Justiz	23
VIII. Wirtschaft und Verkehr	25
1. Soziale Marktwirtschaft.....	25
2. Verkehr	26

IX. Netz- und Informationspolitik.....	28
X. Energie, Umwelt- und Verbraucherschutz	31
1. Energie	31
2. Umwelt.....	32
3. Verbraucher- und Datenschutz	33
XI. Landwirtschaft, Fischerei und Jagd	34
XII. Europa- und Außenpolitik.....	36
1. Europa	36
2. Außenpolitik	39

Hinweis: Für eine bessere Lesbarkeit nutzen wir ausschließlich männliche Bezeichnungen. Alle personenbezogenen Bezeichnungen in männlicher Form beziehen sich selbstverständlich auf beide Geschlechter in gleicher Weise.

I. Grundsätze

Unabhängig, sachbezogen, bürgernah – der Mensch im Mittelpunkt

Wir FREIEN WÄHLER bekennen uns zu unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und stehen für solide Staatsfinanzen, Verlässlichkeit und Transparenz in der Politik.

Wir FREIEN WÄHLER sind wertkonservativ, da wir uns für den Erhalt gewachsener lokaler, regionaler und nationaler Traditionen nachdrücklich einsetzen. Wir sind aber zugleich auch bürgerlich-liberal, da wir für Bürgerrechte und damit die Freiheit des Einzelnen eintreten. Wir wollen Bewährtes erhalten und mit den Anforderungen der modernen Gesellschaft in einer globalisierten Welt vereinen.

Unsere Politik stellt den Menschen und dessen Wohl in den Mittelpunkt. Durch unsere starke kommunale Verwurzelung können wir unsere über Jahre gesammelten Erfahrungen aus Rathäusern und Kommunalparlamenten einbringen.

Um das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland zu gestalten, schaffen wir Rahmenbedingungen, die jedem Einzelnen die faire Chance bieten, sein Leben in Eigenverantwortung und nach seinen Wünschen zu führen. Dabei endet individuelle Freiheit dort, wo die Freiheit Anderer eingeschränkt wird.

Ein Leben in Sicherheit sowie das Streben nach Wohlstand und Glück sind Grundbedürfnisse der Menschen und damit Auftrag unserer Politik.

Wir FREIEN WÄHLER sind die Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, die sachbezogen und ohne Parteiideologie politische Verantwortung zum Wohle der Menschen in unserem Lande übernehmen wollen. Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen und die direkte Demokratie stärken.

Wir FREIEN WÄHLER wollen politische Entscheidungsprozesse in die tiefst mögliche demokratische Ebene verlagern. Politische Verantwortung muss dort wahrgenommen werden, wo auch die Folgen der politischen Entscheidungen zu tragen sind. Alle politischen Entscheidungsebenen müssen das Gemeinwohl der bundesdeutschen Gesellschaft als Ziel haben. Dies erfordert die Ausstattung mit den entsprechenden Rechten und finanziellen Mitteln auf den jeweiligen Ebenen.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass das Verhältnis zwischen den einzelnen Bürgern und dem Staat angesichts einer zunehmenden Politikverdrossenheit wieder auf eine vertrauensvolle Grundlage gestellt wird. Wir sehen uns der

Freiheit des Individuums und der gesellschaftlichen Verantwortung gleichermaßen verpflichtet.

Wir FREIEN WÄHLER plädieren für die Stärkung der Demokratie durch mehr basisdemokratische Einflussmöglichkeiten. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, durch die sich möglichst viele Menschen in unserer Gesellschaft politisch einbringen und Verantwortung übernehmen können. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER bundesweite Volksbegehren und -entscheide sowie eine Direktwahl des Bundespräsidenten und das Initiativrecht des Volkes. Wir stehen für starke Mandatsträger außerhalb von Fraktionszwängen und stemmen uns gegen eine schleichende Entmachtung der Parlamente.

Um die besten Ideen zum Wohle aller Bürger durchzusetzen, ziehen wir FREIEN WÄHLER die parteiübergreifende Zusammenarbeit einer ideologischen Parteipolitik vor.

Die Vertretung von Gruppeninteressen gegenüber der Politik ist zwar legitimer Bestandteil unseres demokratischen Systems, muss aber weit mehr als bisher für die Bürger nachvollziehbar offengelegt werden.

Wir FREIEN WÄHLER stehen für eine transparente Politik. Damit die Bürger ihre Rechte wahrnehmen können, müssen sie umfassenderen Zugang zu amtlichen Informationen haben. „E-Government“ ist deshalb ein wichtiger Baustein zur Stärkung einer offenen und modernen Demokratie.

Wir setzen uns dafür ein, Parteispenden und Sponsoring zu reglementieren. Nur so kann das Vertrauen der Bürger in eine unabhängige Politik gewährleistet werden.

II. Gesellschaft

Gemeinsam leben in einer solidarischen Gesellschaft

Wir FREIEN WÄHLER sind geprägt vom europäischen Welt- und Menschenbild. Die Gemeinschaft aus Eltern und Kindern verdient unseren besonderen Schutz. Sie gilt es als das Fundament unserer Gesellschaft besonders zu stärken. Wir wollen mit unserer Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ein familienfreundliches Klima herzustellen.

Unsere Gesellschaft steht durch den demographischen Wandel vor gravierenden Herausforderungen. Wir FREIEN WÄHLER stellen uns dieser Aufgabe. Wichtig sind uns hier das solidarische Miteinander von Jung und Alt, der Dialog zwischen den Generationen und eine aktive Gleichstellungspolitik. Die erfolgreiche Integration der Bürger mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft ist uns ein Anliegen.

1. Familie

Die Erziehung und Sorge für die heranwachsende Generation sind das natürliche Recht und die Pflicht der Eltern bzw. der Sorgeberechtigten. Der Staat soll Mütter, Väter und Sorgeberechtigte bei der Kindererziehung unterstützen. Sie müssen im Rahmen der Gesetze frei über die Gestaltung ihres Familienlebens entscheiden können.

- (1) Für uns FREIEN WÄHLER darf es deshalb auch keine Bevorzugung bestimmter Formen der Kinderbetreuung von staatlicher Seite geben. Wir setzen uns für echte Wahlmöglichkeiten auf diesem Gebiet ein.
- (2) Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist unser erklärtes politisches Ziel. Dazu gehören Beschäftigungsverhältnisse, die sich mit der Erziehung von Kindern oder der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger vereinbaren lassen.
- (3) Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit für Eltern sowie eine reibungslose Rückkehr in den Beruf müssen gewährleistet sein.
- (4) Die Sozialversicherungssysteme und die Besteuerung müssen familiengerecht ausgestaltet werden, damit Eltern bzw. Sorgeberechtigte wirtschaftlich unabhängig bleiben und Kinder nicht zum Armutsrisiko werden. Um Altersarmut zu verhindern, soll die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen bei der Rentenberechnung angemessen berücksichtigt werden.

- (5) Bei staatlichen Eingriffen in das Sorgerecht hat das Wohl des Kindes oberste Priorität.

2. Jugend

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Sie bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und des Schutzes von Politik und Gesellschaft. Wir FREIEN WÄHLER sehen die Jugendpolitik als Schnittstelle zu unterschiedlichen Bereichen wie Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Jugendschutz, Medien und Kultur sowie außerschulische Betreuungs- und Fürsorgeleistungen.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER wollen jungen Menschen in unserem Land ein Umfeld schaffen, in dem sie sich zu selbstbewussten und selbstständigen Bürgern entwickeln können. Wer sich als Teil des Ganzen sieht, ist auch bereit gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dazu sind Kommunikation, respektvoller Austausch und Kooperation mit den jungen Menschen vonnöten.
- (2) Wir wollen den Kinder- und Jugendschutz verstärken - besonders in den Bereichen Gesundheit und Medien. Wir FREIEN WÄHLER fordern Programme, die altersgerechte Anwendungen von Internet und Medien vermitteln und forcieren den Ausbau der Sucht- und Gewaltprävention. Ziel der intensivierten Präventionsarbeit ist das Erlernen eines vernünftigen, sachgerechten Umgangs mit den Möglichkeiten und Herausforderungen unserer Gesellschaft.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER streben den Ausbau von wertorientierter Jugendarbeit an. Jugendorganisationen und freie Träger verfügen über große Kompetenz im Umgang mit jungen Menschen und müssen daher finanziell bedarfsgerecht ausgestattet werden.
- (4) Gerade bei Kindern und Jugendlichen wollen wir Interesse an Vereinsmitgliedschaften und ehrenamtlichem Engagement wecken. Vor allem Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien soll der Zugang zu einer sinnvollen wie pädagogisch hochwertigen Jugend- und Vereinsarbeit gewährt werden.
- (5) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass ein „Freiwilliges Politisches Jahr“ in allen Bundesländern möglich ist. Ein „freiwilliges bürgerschaftliches Jahr“, das als Freiwilliges Soziales, Ökologisches oder Politisches Jahr gestaltet werden kann, sehen wir als wertvolle Möglichkeit zur umfassenden politischen Bildung und Sozialisation der jungen Menschen und als ergänzendes Angebot zum Ehrenamt.

3. Senioren

Wir FREIEN WÄHLER haben uns zum Ziel gesetzt, Senioren aktiv in die Gesellschaft einzubinden. Unsere Seniorenpolitik formt neue Rollenbilder, die den reichhaltigen Erfahrungsschatz der Älteren berücksichtigen.

- (1) Die älteren Bürger wertzuschätzen und ihre Potenziale anzuerkennen, ist uns FREIEN WÄHLERN wichtig. Gerade zur Stärkung des ehrenamtlichen, sozialen und kommunalen Engagements sind Erfahrung und Tatkraft der älteren Generation von hohem Nutzen.
- (2) Die bisher praktizierte Altenhilfepolitik sehen wir FREIEN WÄHLER als überholt an. Stattdessen bevorzugen wir eine Mehrgenerationenpolitik, die den Gedanken der Teilhabe ins Zentrum rückt. Damit „Eigenheim statt Pflegeheim“ als Grundsatz gelten kann, wollen wir generationsübergreifende Wohnformen und Betreuungsnetzwerke ausbauen. Wir wollen mobilen und aktiven Senioren die Möglichkeit bieten, sich in allen Bereichen der Gesellschaft wesentlich stärker einzubringen.
- (3) Eine integrierte Sozialplanung vermag in ländlichen Regionen dem drohenden Bevölkerungsrückgang entgegenzutreten.

4. Demographischer Wandel

Der demographische Wandel wird die bundesdeutsche Gesellschaft gravierend verändern. Familiäre Netzwerke verlieren zunehmend an Bedeutung.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die sozialen Sicherungssysteme der veränderten Situation angepasst werden.
- (2) Der demographische Wandel wird sich auf die regionalen Entwicklungen in Deutschland unterschiedlich auswirken. Wir setzen uns daher für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland ein. Hierzu gehören insbesondere der Erhalt und Ausbau einer modernen Daseinsvorsorge in den ländlichen Regionen; dies beinhaltet eine leistungsfähige Infrastruktur, eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens und Bildungseinrichtungen sowie medizinischer Versorgung.
- (3) Wir setzen uns ein für eine Generationenpolitik mit Mehrgenerationenhäusern und für eine seniorenfreundliche Infrastruktur.

5. Bürgerschaftliches Engagement

Eine Gesellschaft lebt vom Miteinander. Bürgerschaftliches Engagement ist für uns ein wesentlicher Pfeiler einer humanen Gesellschaft und verhindert soziale Kälte.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER wollen eine Stärkung ehrenamtlich engagierter Bürger. Ehrenamtliche, gemeinnützige Tätigkeit muss mehr gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Bürgerschaftliches Engagement und der freiwillige Einsatz für gemeinnützige Zwecke müssen besser gefördert werden.
- (2) Wir fordern den zügigen Ausbau und die Stärkung der Freiwilligendienste.

6. Integration

Wir FREIEN WÄHLER treten für ein offenes Miteinander zwischen den Menschen aller Kulturen und Religionen in unserem Land ein. Dies kann nur im Dialog geschehen.

- (1) Die bestehenden Regelungen zum Zuzug von Einwanderern nach Deutschland müssen insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels auf den Prüfstand. Wir FREIEN WÄHLER halten es auch für denkbar, dass nachweisbare soziale und karitative Leistungen in den jeweiligen Verfahren berücksichtigt werden. Die Einwanderungspolitik auf europäischer Ebene sollte insgesamt harmonisiert werden.
- (2) Wir wollen die Bildung von Parallelgesellschaften verhindern. Neben christlichem Religionsunterricht soll an Schulen auch Unterricht anderer Glaubensrichtungen angeboten werden, sofern dafür eine Mindestzahl an Schülern vorhanden ist.
- (3) Integrationsbemühungen müssen eingefordert und unterstützt werden. Die Anerkennung der Wertegrundlagen der grundgesetzlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist dabei genauso unerlässlich wie die Beherrschung der deutschen Sprache. Bei bewusster Integrationsverweigerung oder wiederholten Gesetzesverstößen dürfen härtere Sanktionen bzw. eine mögliche Ausweisung in das Herkunftsland kein Tabu sein.
- (4) Bei politischen Flüchtlingen darf es keine neuen Aufnahmehürden geben. Asylbewerber sind menschenwürdig unterzubringen und zu ver-

sorgen. Ein Mindestmaß an gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe muss nicht zuletzt vor dem Hintergrund der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung gewährleistet sein. Asylverfahren sind zu beschleunigen.

- (5) Wir FREIEN WÄHLER halten an dem Grundsatz fest, dass Mehrstaatigkeit zu vermeiden ist. Allerdings muss es hiervon genügend Ausnahmemöglichkeiten geben, z.B. wenn sich der Betroffene hinreichend um eine Entlassung aus der bisherigen Staatsbürgerschaft bemüht. Bürokratische Regelungen, wie die Optionspflicht bei volljährig gewordenen Kindern ausländischer Personen, gehören auf den Prüfstand.

III. Finanzpolitik

Für solide Finanzen in Deutschland und Europa!

Nachhaltig haushalten - das ist das zentrale Ziel der FREIE WÄHLER-Finanzpolitik. Eine solide Haushaltspolitik ist von entscheidender Bedeutung - gerade angesichts einer schrumpfenden Gesellschaft. Wir FREIEN WÄHLER stellen uns der Verantwortung: Die Schuldenberge der Vergangenheit dürfen nachfolgende Generationen nicht erdrücken. Der Staat muss handlungsfähig bleiben, damit er auch in Krisenzeiten noch reagieren kann.

1. Staatsfinanzen

Damit der Staat auch während einer Rezession noch handeln kann, muss man in wirtschaftlich guten Zeiten Handlungsspielräume schaffen. Maßgabe der Politik muss sein, mit dem Geld des Steuerzahlers sorgsam umzugehen. Der Einsatz staatlicher Mittel sollte effizient sein und sich auf notwendige Aufgaben beschränken.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER wollen die gesamte Ausgabenpolitik, beginnend von den Kommunen über die Länder und den Bund bis hin zur europäischen Ebene neu ordnen. Wichtigstes Ziel der Haushaltspolitik muss die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte sein.
- (2) Wir wollen die wachsende Neuverschuldung stoppen und den Schuldenstand des Bundes konjunkturgerecht zurückführen. Wir begrüßen daher die Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER fordern, dass der Einsatz von Staatskrediten zurückgeführt wird.
- (4) Wir setzen uns für eine Haltung ein, die im öffentlichen Leben auf Sparsamkeit setzt. Unser Ziel ist es, Verschwendung zu verhindern. Eine nachhaltige Haushaltspolitik kommt grundsätzlich ohne Steuererhöhungen aus.
- (5) Ausgaben der öffentlichen Hand sind dahingehend zu hinterfragen, ob sie wirklich nötig sind oder ob der gewünschte Effekt nicht kostengünstiger erreicht werden kann.
- (6) Deutschland hat eines der weltweit kompliziertesten Steuersysteme. Wir wollen daher ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht.
- (7) Darüber hinaus fordern wir eine verbesserte Steuerung des Mitteleinsatzes, die weitere Entflechtung der Finanz- und Verwaltungsbeziehungen zwischen Bund und Ländern, eine Überprüfung der bestehenden

Subventionen. Die Rechnungshöfe sind zu stärken. Wir wollen ihren Berichten in der politischen Umsetzung ein höheres Gewicht beimessen.

2. Finanzmarkt

Ein funktionierendes Bankensystem ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren einer modernen Marktwirtschaft. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns deshalb für eine Regulierung des Finanzmarktes und eine stärkere Finanzaufsicht ein, die Risiken minimiert und stabile Banken garantiert.

- (1) Banken müssen auf ihre „Systemrelevanz“ überprüft und eine optimierte Bankenregulierung sichergestellt werden. Wir wollen die rechtlichen Vorschriften dahingehend ausgestalten, dass keine Bank ein Systemrisiko darstellen kann.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER wollen eine Haftungstrennung in eine realwirtschaftlich orientierte Bankwirtschaft und Investmentbanken. Die Verlustrisiken bei den spekulativen Investmentbanken dürfen die Geldversorgung der Realwirtschaft nicht beeinträchtigen und bedürfen deshalb einer besonderen Kontrolle. Steuerzahler dürfen nicht für Verluste privater Banken herangezogen werden.
- (3) Vorstände einer Bank sollen für die Geschäfte ihrer Banken persönlich Verantwortung tragen und prinzipiell wie Gesellschafter von Unternehmen mit ihrem Privatvermögen haften. Die Verdienste und Boni sollen ethisch angemessen sein und an den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg der Bank gekoppelt werden.
- (4) Die Geschäfte von Banken und Finanzinstitutionen müssen mit einer Eigenkapitalquote unterlegt werden, die dem tatsächlichen Risiko entspricht. Bei hochriskanten Geschäften halten wir deutlich höhere Eigenkapitalquoten für notwendig.
- (5) Wir FREIEN WÄHLER wollen unnötige Kreditklemmen für den Mittelstand und die Kommunen vermeiden. Die bestehenden Spielräume für regional tätige Kreditinstitute müssen weiterhin erhalten bleiben. Sparkassen und Genossenschaftsbanken als tragende Stützen des deutschen Dreisäulenmodells der Bankenstruktur müssen erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf EU-Vorgaben und stärkerer Bankenregulierung.
- (6) Insolvente Banken sollen im Regelfall abgewickelt werden. Dafür wollen wir die Voraussetzungen schaffen.
- (7) Wir FREIEN WÄHLER treten für eine Transaktionssteuer ein.

3. Währungsstabilität

Eine stabile Währung ist die Grundlage für Wohlstand und eine florierende Wirtschaft. Dazu muss die europäische Währungsarchitektur grundlegend überarbeitet werden, um die Währung wieder auf ein solides Fundament zu stellen.

- (1) Nur vom Volk legitimierte Institutionen dürfen eine europäische Haushalts-, Finanz- oder Währungspolitik gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundestag sein Haushaltsrecht behält. „Generalermächtigungen“ oder „Sonderausschüsse“ lehnen wir ab, da solche Maßnahmen das Parlament entmündigen und das Vertrauen der Bürger in die Demokratie erschüttern.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER lehnen eine Vergemeinschaftung der nationalen Schulden ab und fordern eine Rückkehr zu den Euro-Stabilitätskriterien.
- (3) „Rettungsschirme“ oder Eurobonds lehnen wir ab. Beides führt lediglich dazu, dass verschuldete Länder leichter zusätzliche Schulden aufnehmen können und verringert den Zwang, den eigenen Haushalt zu konsolidieren.
- (4) Wir wollen, dass Deutschland, seine Partnerstaaten und die Europäischen Institutionen Krisenländern wirksame Programme und Hilfen zur Wirtschaftsentwicklung anbieten mit dem Ziel: Hilfe zur Selbsthilfe.
- (5) Wir sind für die Einführung eines Staateninsolvenzrechts unter Einbindung des IWF.
- (6) Eurostaaten, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, muss die Möglichkeit eines Austritts aus der Eurozone eingeräumt werden. Als letzte Konsequenz muss auch ein Ausschluss aus der Eurozone denkbar sein.
- (7) Die Staats- und Regierungschefs müssen die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) garantieren und dafür Sorge tragen, dass die EZB ihre währungspolitischen Aufgaben erfüllen kann, die insbesondere darin bestehen, die Geldwertstabilität sicherzustellen und keinesfalls eine monetäre Staatsfinanzierung zulässt. Der Stimmrechtsanteil muss dem Haftungsanteil entsprechen.
- (8) Wir halten die Gründung einer unabhängigen europäischen Ratingagentur in Form einer Stiftung, die keine privatwirtschaftlichen Interessen verfolgt, für dringend angezeigt.

IV. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Kluge Köpfe braucht das Land!

Für uns FREIEN WÄHLER ist Bildung mehr als die bloße Vermittlung von Wissen. Bildung beginnt im Kleinkindalter und ist ein lebenslanger Prozess. Die Politik muss die geeigneten Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Wachstum und Wohlstand können nur durch technologischen Vorsprung, gute Ausbildung und eine intakte Forschungs- und Bildungslandschaft erreicht werden. Deutschland darf seine Stellung als Wissens- und Bildungsstandort nicht gefährden.

Eine gute Bildungspolitik soll sich am Wohl der jungen Menschen orientieren, sie fördern und fordern, ohne sie zu überfordern. Jedem jungen Menschen stehen gleiche Chancen zu - egal, aus welcher sozialen Schicht er stammt.

Bildung muss in das Leben vor Ort eingebettet sein. Die Politik sollte deshalb ein durchdachtes Gesamtkonzept für Bildung bieten. Forschung und Wissenschaft müssen in unserer Gesellschaft hohe Priorität haben.

1. Frühkindliche Bildung

- (1) Wir FREIEN WÄHLER fordern, dass alle Kinder mit möglichst gleichen Chancen ins Schulleben starten können.
- (2) Wir setzen uns für ein gut ausgebautes, kostenfreies Kinderbetreuungs- und Bildungssystem ein.
- (3) Für die frühkindliche Bildung müssen geeignete Angebote im Rahmen der familiären Betreuung sowie in Kindertageseinrichtungen bereitgestellt werden.
- (4) Neben der Quantität der Einrichtungen ist auch die Qualität von entscheidender Bedeutung. Eine Voraussetzung hierfür ist vor allem ausreichendes Personal in den Einrichtungen.
- (5) Die Eltern müssen bei der Kinderbetreuung finanziell entlastet werden.

2. Schule

Für uns FREIEN WÄHLER geht es vor allem um die Qualität des Unterrichts. Um diese zu sichern, braucht Deutschland mehr und besser ausgebildete Leh-

rer. Darüber hinaus sollen Sozialpädagogen, Psychologen oder Beratungslehrer an Schulen zum Einsatz kommen.

- (1) Wir wollen die Durchlässigkeit des Schulsystems noch weiter verbessern.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER fordern möglichst kleine Klassen in allen Schularten.
- (3) Wir treten für schülergerechte und regional passgenaue Lösungen in der Bildungslandschaft ein.
- (4) Jede Schule muss größtmögliche Freiheit bei der Ausgestaltung ihrer Unterrichts- und Organisationsstruktur haben.
- (5) Wir begrüßen die Einführung bundesweiter vergleichbarer Bildungsstandards für alle Schulabschlüsse.
- (6) Jugendliche sollen beim Übergang von der Schule in den Beruf noch besser begleitet werden.

3. Berufliche Bildung

Wir FREIEN WÄHLER fordern eine deutliche Aufwertung der beruflichen Bildung. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist seit Jahrzehnten bewährt. Hervorragend ausgebildete Facharbeiter bilden das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Wir wollen, dass die berufliche Ausbildung in der Bildungspolitik wieder aus dem Schatten der akademischen Ausbildung hervortritt und deutlich stärker gefördert wird als bisher.

- (1) Im Rahmen der beruflichen Erstausbildung sind diejenigen besonders zu beachten, die sich aus verschiedenen Gründen schwertun, einen Ausbildungsplatz zu finden. Unternehmen, welche solchen Jugendlichen eine Chance geben, sollten von staatlicher Seite dafür stärker als bisher unterstützt werden. Die Berufsschulen finanziell besser ausgestattet werden, damit kleinere Klassen und eine bessere fachliche Weiterbildung der Lehrkräfte möglich werden.
- (2) Im Bereich der beruflichen Weiterbildung muss vor allem die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung weiter verbessert werden. Insbesondere soll die Anerkennung beruflicher Abschlüsse an den Hochschulen weiter ausgebaut werden, um das Hochschulstudium für beruflich Gebildete inhaltlich und zeitlich attraktiver zu machen.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER wollen die Kosten der Meisterausbildung reduzieren, z.B. durch einen höheren Zuschussanteil beim MeisterBaföG.

4. Hochschule

- (1) Wir FREIEN WÄHLER wollen eine Brücke schlagen zwischen einem arbeitsmarktbezogenen und einem humanistisch-demokratischen Bildungsideal. Für ein bereicherndes gesellschaftliches und politisches Zusammenleben braucht Deutschland eigenständig denkende, kritische Bürger. Um den Wohlstand zu sichern, benötigt unser Land möglichst viele hochqualifizierte und kreative Köpfe.
- (2) Bildung darf in Deutschland nicht zur Ware verkommen. Wir FREIEN WÄHLER fordern die Einführung bzw. den Erhalt eines kostenfreien Erststudiums in ganz Deutschland. Studienbeiträge würden einer weiteren Ökonomisierung des Bildungssystems den Weg ebnen.
- (3) Nach unserer Ansicht sollen Universitäten und Hochschulen auch der Bildung von Persönlichkeit und eigenständiger Urteilskraft Platz einräumen und Muße für zweckfreies Denken erlauben. Vor diesem Hintergrund wollen wir die Modularisierung (Bologna-Prozess) überdenken. Wir brauchen nicht nur Absolventen, sondern Persönlichkeiten.
- (4) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für die weitgehende Selbstbestimmung und die Stärkung der demokratischen Mitbestimmung der Studierenden sowie für eine transparente Hochschulpolitik ein.
- (5) Wir setzen uns dafür ein, Hochschulen in Ballungszentren und in ländlichen Gebieten gleichermaßen zu fördern. Zudem bekennen wir uns zur Hochschulautonomie und damit zu Subsidiarität und Wettbewerb.
- (6) Wir sind für den Ausbau des EU-Bildungsetats zur besseren Förderung von Auslandsstudienaufenthalten und des Erwerbs internationaler Kompetenzen.

5. Wissenschaft und Forschung

Wir FREIEN WÄHLER sind uns der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unser Gemeinwohl bewusst. Forschung generiert Innovationen und Fortschritt und bietet Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme sowie Möglichkeiten der Orientierung bei ethischen Fragestellungen.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER erkennen die Freiheit von Wissenschaft und Forschung an. Diese findet ihre Grenzen da, wo die Würde der menschlichen Person berührt wird. Wir setzen voraus, dass die Freiheit

von Wissenschaft und Forschung auch die Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen beinhaltet und diese mit ihren Ergebnissen nicht gefährdet.

- (2) Wir setzen uns für eine Forschungspolitik ein, die regionale Potenziale zur Entfaltung bringt, Exzellenz nicht nur an wenigen Standorten konzentriert und die Rahmenbedingungen für den Forschungsstandort Deutschland attraktiver gestaltet.
- (3) Die Forschungsförderung soll ausgebaut werden - etwa mittels einer Kombination aus Projektförderung und steuerlicher Unterstützung.
- (4) Zudem befürworten wir Planungssicherheit für den wissenschaftlichen Nachwuchs, strukturierte Förderprogramme, eine Bezahlung, die mit den Gehältern an ausländischen Forschungszentren bzw. in der freien Wirtschaft konkurrieren kann, sowie mehr Transparenz zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

6. Kultur

Deutschland besitzt ein reiches und vielfältiges kulturelles Erbe. Kultur bereichert das Leben aller und stiftet Identität. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass das auch weiterhin so bleibt.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER wollen Kunst und Kultur aktiv pflegen und fördern, um Traditionen zu bewahren, die geistigen Werte für nachfolgende Generationen zu sichern und um kreatives Schaffen auch künftig zu ermöglichen.
- (2) Wir unterstützen die Tradierung und kreative Weiterentwicklung von Kunst aller Gattungen sowie die Ausbildung kultureller Kompetenz in jedem Lebensalter.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, die kulturelle Vielfalt und Tradition Deutschlands zu bewahren und zu fördern.
- (4) Wir stehen zur Freiheit der Kunst und zu einer Kultur der Erinnerung, welche die Höhen und Tiefen der deutschen Geschichte berücksichtigt.

7. Sport

Sport hat in Deutschland einen sehr hohen Stellenwert. Getragen wird der Sport von Vereinen auf ehrenamtlicher Basis. Der Leistungssport hat hierbei eine Vorbildfunktion. Die öffentliche Hand stellt im Wesentlichen die Rahmen-

bedingungen für Leistungs- und Breiten- sowie Vereinssport zur Verfügung und fördert Infrastruktur, wie zum Beispiel Sportplätze und -hallen. Die vielfältigen positiven Funktionen des Sportes, sei es Integration oder auch Inklusion, erfordern daher eine verlässliche Grundlage des Bundes für den Leistungs- sowie wie für den ehrenamtlich getragenen Vereins- und Freizeitsport.

- (1) Jeder Bürger sollte die Möglichkeit haben, sich entsprechend seiner Interessen und Fähigkeiten sportlich zu betätigen.
- (2) Die Angebote sportlicher und sportlich-spielerischer Betätigung speziell für Kinder und Jugendliche sind zu sichern, aber auch zu erweitern. Hierbei werden eine engere Zusammenarbeit von Schule und Sport mit den Vereinen und die Schaffung von Ganztagsangeboten von den FREIEN WÄHLERN gefordert.
- (3) Die FREIEN WÄHLER sehen ganz besonders den präventiven Charakter des Sports für die Gesundheit. Speziell vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bietet der Sport hervorragende Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Gesundheit und den Erhalt der Leistungsfähigkeit.
- (4) Die FREIEN WÄHLER sprechen sich ausdrücklich dafür aus, das Ehrenamt im Sport zu stärken.
- (5) Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen schöpferisch und eigenverantwortlich ihre sportlichen Aktivitäten ausüben zu können, ist im ganz besonderen Interesse der FREIEN WÄHLER. Die Umsetzung der EU-Konvention wird ausdrücklich von den FREIEN WÄHLERN unterstützt.
- (6) Die FREIEN WÄHLER setzen sich dafür ein, dass es eine zeitige und systematische Suche von Talenten gibt und deren frühzeitige Förderung im Sinne einer langfristigen sportlichen Entwicklung.
- (7) Der Bund trägt die Verantwortung für den Leistungssport. Finanziell sind die Kommunen im Bereich des Leistungssportes durch den Bund zu entlasten.
- (8) Die Sportförderung gehört zu den freiwilligen Leistungen der öffentlichen Hand. Die FREIEN WÄHLER treten dafür ein die Förderung des Sportes der Daseinsfürsorge zuzurechnen, und somit muss der Aufgabe auch die Ausstattung verlässlich folgen.

V. Arbeit, Sozial- und Gesundheitspolitik

Eigenverantwortung und Solidarität!

Arbeit-, Sozial- und Gesundheitspolitik betreffen jeden von uns in vielfältiger Weise. Mit unserer Politik wollen wir die Rahmenbedingungen für ein gemeinsames Miteinander auch unter den schwierigen Voraussetzungen des demographischen Wandels schaffen.

1. Arbeit und Soziales

Das Ziel der Sozialpolitik der FREIEN WÄHLER besteht darin, Arm und Reich nicht noch weiter auseinanderdriften zu lassen. In unserer Solidargesellschaft sollen alle Bevölkerungsschichten am Wohlstand unseres Landes teilhaben dürfen.

- (1) Menschen ohne Arbeit verlieren ihr Selbstwertgefühl und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Vollzeitbeschäftigung muss ausreichen, um den eigenen Lebensunterhalt angemessen bestreiten zu können. Wer Vollzeit arbeitet, muss so viel verdienen, dass er keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen muss. Eine faire Entlohnung sorgt für die notwendigen Leistungsanreize.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER wollen bedürftige Bürgerinnen und Bürger in Notsituationen unterstützen; sie sollen aber zugleich daran mitwirken, ihre Bedürftigkeit zu überwinden.
- (3) Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Sozialleistungen, wo es möglich ist, eine Hilfe zur Selbsthilfe darstellen. Die staatliche Unterstützung sollte verstärkt von persönlicher Vorsorge flankiert werden.
- (4) Wir wollen dem Fachkräftemangel durch gezielte Maßnahmen z.B. im Bereich der schulischen Bildung und der Erwachsenenbildung begegnen.
- (5) Die Bekämpfung der Altersarmut ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Wir FREIEN WÄHLER wollen einer drohenden Altersarmut durch ein effizientes Rentensystem gegensteuern. Dies kann nur erreicht werden durch eine Kombination aus gesetzlicher Rentenversicherung, betrieblicher und privater Vorsorge.
- (6) Ein weiteres wichtiges Ziel der FREIE WÄHLER-Sozialpolitik ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen. Wir bekennen uns ausdrücklich zur UN-Konvention und stehen zur Beteiligungsgerechtigkeit von Menschen mit Behinderung in unserer Gesell-

schaft. Die Inklusion ist eine Aufgabe, die Umdenken in vielen Bereichen erfordert und die von der Politik und der Gesellschaft geleistet werden muss.

- (7) Für eine gerechtere Aufteilung der Kosten für die Eingliederungshilfe der Menschen mit Behinderung fordern wir FREIEN WÄHLER ein Bundesleistungsgesetz. Die Sozialkosten müssen gerecht zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden.
- (8) Wir wollen den sozialen Wohnungsbau wieder verstärkt fördern.

2. Gesundheitspolitik

In unserem Gesundheitswesen gibt es Ungereimtheiten, hohe Zuzahlungen und hohe Kosten für Bürokratie.

Die medizinische Versorgung ländlicher Regionen und von sozialen Brennpunkten wird zunehmend schwieriger, weil es an Haus- und Fachärzten fehlt. Um eine flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung für die gesamte Bevölkerung aufrechtzuerhalten, müssen alle Strukturen im Gesundheitswesen auf den Prüfstand gestellt werden.

- (1) Wir brauchen eine Sicherung der medizinischen Versorgung, an der sich alle Bürger beteiligen. Leisten kann das dauerhaft nur ein solidarisches, transparentes und unbürokratisches Gesundheitssystem, das auf die Eigenverantwortung der Menschen baut und bei dem die Prävention an vorderster Stelle steht. Wir FREIEN WÄHLER fordern ein neues Gesundheitssystem, das den sozialen Ausgleich sicherstellt und die bewährten Regelungen der privaten Krankenversicherungen und der gesetzlichen Krankenversicherung in ein Gesamtsystem zusammenführt: die **Soziale Gesundheitsversicherung**.
- (2) Unser Ziel ist eine gerechtere Lastenverteilung auf alle Schultern. Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Krankenversicherungsbeiträge aus allen Einkommensarten finanziert werden.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER setzen in verstärktem Maße auf Gesundheitsbildung. Diese muss schon im Kleinkindalter beginnen und fortgeführt werden.
- (4) Insgesamt muss das Gesundheitssystem für alle Beteiligten transparenter werden. Patienten müssen verständliche Nachweise für die abgerechneten Leistungen bekommen. Wir wollen zurück zu den alten Hausarztverträgen. Pauschalen können die Abrechnung in der Hausarztversorgung erleichtern.

- (5) Wir stehen für die Vielfalt von Krankenhausträgern. Öffentlich-rechtliche, private und gemeinnützige Träger sollen sich gegenseitig ergänzen.
- (6) In der Notfallmedizin fordern wir eine flächendeckende Neuplanung effizienter, wohnortnaher Strukturen.
- (7) Wir wollen eine Weiterentwicklung von Bonusmodellen zur Stärkung der Eigenverantwortung.
- (8) Wir fordern die Abschaffung der gescheiterten Praxisgebühr.
- (9) Wir FREIEN WÄHLER halten Organspende mit angemessener Kontrolle und umfassender Information für wichtig.

3. Pflege

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in den kommenden Jahren dramatisch zunehmen. Insbesondere die an Demenz Erkrankten bedürfen unserer besonderen Aufmerksamkeit.

- (1) Wir setzen uns für das Nebeneinander von häuslicher und stationärer Pflege sowie für die Förderung alternativer Wohnformen ein.
- (2) Durch mehr Mitmenschlichkeit, Kreativität und Entbürokratisierung wollen wir Pflegekosten einsparen. Hierzu wollen wir die Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen wohnort- und familiennah sicherstellen und setzen uns deshalb für die Stärkung der ambulanten Pflege ein.
- (3) Deutschland benötigt eine Offensive für Pflegekräfte. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine Aufwertung der Pflegeberufe, insbesondere ihre finanzielle Besserstellung.
- (4) Wir fordern eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung, insbesondere die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.

VI. Kommunen, öffentlicher Dienst und Bürokratieabbau

Für funktionierende Strukturen

Deutschland braucht funktionsfähige Verwaltungsstrukturen für Bund, Länder und Kommunen. Auch wenn die Verwaltung in Deutschland vor allem Aufgabe der Länder und der Gemeinden, ist, so bedient sich der Bund in der Regel der Verwaltung der Länder und der Kommunen. Dabei nehmen vor allem die Kommunen wichtige Aufgaben wahr, sie sind die Ansprechpartner vor Ort. Zu ihnen haben die Bürger den engsten Kontakt.

1. Kommunen

Wir FREIEN WÄHLER verstehen uns auch auf Bundesebene als Anwalt der Kommunen. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung wollen wir mit neuem Leben füllen.

Wir fordern einen wesentlich höheren Entscheidungsspielraum in kommunalen Angelegenheiten. Städte und Gemeinden müssen gestärkt werden, um besser auf die Belange der Menschen vor Ort eingehen zu können.

Wir FREIEN WÄHLER stehen zur regionalen Kompetenz der Kommunen. Kernaufgabe der Kommunen muss die Daseinsvorsorge bleiben. Hier kommt der Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit eine große Rolle zu.

- (1) Kommunen müssen von bürokratischen Hemmnissen befreit werden, deshalb sind alle Genehmigungs- und Anzeigeverfahren auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen.
- (2) Wir befürworten einen Ausbau eigener kommunaler Einnahmequellen. Deutschland braucht schlagkräftige und leistungsfähige Kommunen. Hierfür sind ausreichend finanzielle Mittel notwendig. Nur dann können die Kommunen Politik eigenverantwortlich gestalten.
- (3) Die strenge Umsetzung des Konnexitätsprinzips auf allen staatlichen Ebenen spielt hierbei eine zentrale Rolle: Politik verantwortlich gestalten kann nur, wer Mittel für die Umsetzung dieser Politik zur Verfügung hat. Bund und Länder dürfen keine Normen setzen, die die Kommunen zu höheren Ausgaben zwingen, diese Zusatzausgaben jedoch nicht angemessen ersetzen.
- (4) Wir FREIEN WÄHLER fordern eine verfassungsrechtlich garantierte finanzielle Mindestausstattung der Kommunen gerade vor dem Hintergrund des Fiskalpaktes und der Verankerung der Schuldenbremse.

- (5) Europäische Vorgaben, die den Kommunen ihre Aufgabenerledigung erschweren, wollen wir kritisch hinterfragen und reformieren, um bestehende Rechtsunsicherheiten und unnötige Bürokratie nachhaltig zu beseitigen.
- (6) Wir setzen uns für eine Erweiterung der gesetzlichen Vorgaben der kommunalen Wirtschaftsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Erneuerbaren Energien zur lokalen Wertschöpfung ein. Die Kommunen müssen sich durch Beteiligungen oder eigene Gesellschaften neue Einkommensmöglichkeiten erschließen können.

2. Öffentlicher Dienst

Eine effiziente, unbestechliche Verwaltung bringt Standortvorteile im weltweiten Wettbewerb. Voraussetzung dafür aber ist eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln und mit gut ausgebildetem, motiviertem Personal. Dafür ist es notwendig, dass der Öffentliche Dienst attraktiv bleibt.

- (1) Staatsaufgaben sind kritisch zu hinterfragen. Gerade der sparsame Umgang mit den Steuergeldern der Bürger ist Hauptaufgabe von Politik und Verwaltung. Ein Stellenabbau ohne Aufgabenkritik indes würde zur Überlastung der Verwaltung führen - und nicht zu mehr Effizienz im Handeln des Staates.
- (2) Wir verfolgen konsequent das Leitbild der Bürgernähe bzw. der bürgerefreundlichen Verwaltung. Die FREIEN WÄHLER fordern hierzu den sinnvollen Einsatz von „E-Government“-Maßnahmen sowie den Erhalt der Regionalität durch den Fortbestand wichtiger Behörden vor Ort.
- (3) Wir setzen uns dafür ein, dass hoheitliche Befugnisse in ihren Kernbereichen nicht auf Private übertragen werden. Dies gilt z.B. für die Einführung privat betriebener Gefängnisse oder die dauerhafte Wahrnehmung der Zugangskontrollen bei Gerichten durch private Sicherheitsdienste.

3. Bürokratieabbau

Soziales Miteinander braucht Regeln. Sie spiegeln den Grundkonsens der Gesellschaft wider und gelten als gesetzliche Normen für alle. Der Staat soll jedoch nach unserer Auffassung nur dann steuernd und regulierend eingreifen, wenn es für das Gemeinwohl und den Schutz des Einzelnen notwendig ist. Wir rücken die Eigenverantwortung der Bürger in den Mittelpunkt.

- (1) Sinnvolle Normen, eine effiziente Verwaltung und leicht verständliche Regelwerke gestalten das Leben einfacher, sind für Bürger, für die Wirtschaft und auf allen staatlichen Ebenen von Vorteil. „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.“
- (2) Wir FREIEN WÄHLER fordern zugleich die konsequente Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Über Regeln und Normen soll so nah wie möglich am Bürger entschieden werden und so selten wie nötig zentral von oben. Der Staat kann und muss nicht alles regeln.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER setzen auf Eigenverantwortung und mehr Gestaltungsspielraum jedes Einzelnen. Das bedarf klarer Leitlinien im gesellschaftlichen Miteinander anstatt überbordender Detailregelungen. Weniger Vorschriften, weniger Kontrolle! Dafür aber mehr Freiheiten, um in Einzelfällen passgenaue Entscheidungen zu treffen. Vor diesem Hintergrund hinterfragen die FREIEN WÄHLER die Notwendigkeit neuer Regelungen und überprüfen bestehende Regelwerke auf ihre Sinnhaftigkeit.
- (4) Wir FREIEN WÄHLER wollen die mittelständisch geprägte Wirtschaft von staatlichen Bevormundungen und hohen Bürokratiekosten befreien. Gerade kleine Unternehmen sollen nicht durch bürokratische Regelungen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gebracht und so in ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingeschränkt werden.

VII. Innere Sicherheit und Justiz

Innere Sicherheit und Justiz - Garanten für individuelle Freiheit

Wir FREIEN WÄHLER sehen Sicherheit und Freiheit als Grundbedürfnisse aller Menschen an - und damit als erklärtes Ziel des staatlichen Handelns. Es ist Aufgabe des demokratischen Gesetzgebers, durch verlässliche gesetzliche Vorgaben Rechtssicherheit für Bürger und Unternehmen zu schaffen.

1. Innere Sicherheit

Wir FREIEN WÄHLER wollen eine angemessene Balance zwischen bürgerlicher Freiheit und innerer Sicherheit wahren. Unsere Freiheitsgrundrechte sind die Grundlage unserer Staatsordnung; an ihr muss sich jeder staatliche Eingriff messen lassen. Wir FREIEN WÄHLER sehen die garantierte Freiheit der Bürger aber auch als Herausforderung für jeden Einzelnen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Die Freiheit des Einzelnen endet immer dann, wenn er andere in Gefahr bringt.

- (1) Zivilcourage wollen wir FREIEN WÄHLER in besonderem Maße fördern: Der Einsatz für die Rechte der Mitmenschen muss einen höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft einnehmen.
- (2) Menschen, die sich zur Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Land in ihrem Beruf selbst besonderen Gefährdungen aussetzen, wie Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungskräfte verdienen unseren besonderen Schutz. Dafür müssen gegebenenfalls Strafvorschriften verschärft werden und die Betroffenen vor Gericht mehr Unterstützung finden.
- (3) Wir FREIEN WÄHLER stehen für gut ausgestattete Sicherheitskräfte und schätzen ihren verantwortungsvollen Einsatz. Sie garantieren dem Staat und seinen Bürgern Schutz. Für diesen Einsatz wollen wir unseren Sicherheitskräften eine ausreichende Personalausstattung, leistungsbezogene Bezahlung, gute Aufstiegsmöglichkeiten, ausreichend Freizeit zwischen den Einsätzen sowie eine optimale Sachmittelausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik gewährleisten.
- (4) Unsere Sicherheitskräfte brauchen effektive rechtliche Handlungsinstrumentarien. Um besonders wichtige Rechtsgüter zu schützen, müssen wir ihnen entsprechende Befugnisse einräumen. Da gerade im Bereich der Prävention der Spannungsbereich zu den Freiheitsgrundrechten besonders betroffen ist, müssen diese Befugnisse stets an der jeweiligen Gefährdungslage und dem Gewicht der gefährdeten Rechts-

güter anknüpfen. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit darf kein Selbstzweck sein, sondern hat stets der Gewährleistung der Grundrechte zu dienen.

- (5) Die Verantwortung des Staates setzt nicht erst dann ein, wenn bereits eine Gefahrenlage gegeben ist. Unser oberstes Ziel ist es, Kriminalität bereits im Vorfeld zu verhindern. Wir FREIEN WÄHLER setzen hierbei auf Prävention und sehen Bildung und Werteerziehung als geeignetes Mittel, besonders im Bereich der Jugendkriminalität.
- (6) Wir FREIEN WÄHLER halten es für erforderlich, die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen zu verbessern und zu intensivieren.
- (7) Das deutsche Waffenrecht ist eines der strengsten der Welt, deshalb sehen wir keinen Bedarf für weitere Verschärfungen.
- (8) Die Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus, egal ob von rechts oder links oder religiös motiviert, ist unser erklärtes Ziel. Im Kampf gegen den Extremismus müssen alle demokratischen Kräfte gebündelt werden und unser Rechtsstaat muss mit aller Härte dagegen vorgehen. Bei Straftaten mit extremistischem Hintergrund darf es keine Verharmlosungen geben.

2. Justiz

Wir FREIEN WÄHLER setzen uns dafür ein, dass der Rechts- und Justizstandort Deutschland gestärkt wird. Das deutsche Recht ist nicht nur transparent, sondern auch kostengünstig und effektiv. Es bietet damit erhebliche Wettbewerbsvorteile im internationalen Vergleich und hat eine Vorbildfunktion für andere Rechtsordnungen.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für eine wohnortnahe Justiz ein, denn die Einrichtungen der Rechtspflege müssen den Bürgern flächendeckend zur Verfügung stehen.
- (2) Um ihre Aufgaben angemessen wahrnehmen zu können, muss die Justiz mit ausreichend Personal und Sachmitteln ausgestattet werden. Der Anspruch des Bürgers auf die Gewährung effektiven Rechtsschutzes darf nicht gefährdet sein.
- (3) Um die Justiz zu entlasten, befürworten wir FREIEN WÄHLER die Aufgabenübertragung bestimmter Bereiche, etwa der Handelsregistersachen auf Rechtspfleger oder der Nachlasssachen auf Notare.

- (4) Wir FREIEN WÄHLER wollen die Unabhängigkeit der Justiz als hohes Gut sichern. Um politische Einflussnahmen auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen auszuschließen, setzen wir FREIEN WÄHLER uns dafür ein, dass die Justizminister Staatsanwälte in Einzelfällen nicht mehr zu einer bestimmten Sachbehandlung anweisen dürfen. Zumindest eine transparente Ausgestaltung der Weisungen an Staatsanwälte halten wir für dringend notwendig. Mehr Autonomie sowie die eigenständige Verwaltung und Verantwortung der finanziellen Mittel können die Selbstverwaltung von Justiz und Gerichten stärken.
- (5) Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass Opfer schnell und unbürokratisch betreut und entschädigt werden. Dafür muss das Opferentschädigungsgesetz verbessert werden.
- (6) Wir setzen uns dafür ein, dass die Strafnorm der Abgeordnetenbestechung entsprechend der Vorgaben des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC) novelliert wird, damit Deutschland das Übereinkommen zeitnah ratifizieren kann.

VIII. Wirtschaft und Verkehr

Durch Leistung und Innovation – Deutschlands ökonomische Vorreiterrolle weiter ausbauen!

Die deutsche Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, gilt vielfach als Vorzeigemodell für eine innovative und gleichzeitig verantwortungsvolle soziale Marktwirtschaft. Unsere Bürger tragen durch ihre Ideen und ihren Leistungswillen immer wieder dazu bei, dass unsere Wirtschaft als Qualitätsgarant weltweit anerkannt ist. Wir FREIEN WÄHLER setzen die geeigneten Rahmenbedingungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei dem gemeinsamen Ziel, den Wohlstand in unserem Land für alle zu sichern.

Noch nie zuvor waren die Anforderungen an Flexibilität und Mobilität so hoch wie heute. Um Deutschland auch künftig leistungsfähig zu gestalten, spielt die Verkehrs- und Infrastrukturpolitik eine zentrale Rolle unserer Politik.

1. Soziale Marktwirtschaft

Als Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft setzen wir FREIEN WÄHLER auf den Wettbewerb, auf die Tarifautonomie und das Leistungsprinzip. Der Schutz des Eigentums und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit genießen für uns einen hohen Stellenwert. Gleichzeitig unterstreichen wir die Bedeutung des Mittelstands für Deutschland. Um die unternehmerische Freiheit auch künftig sicherzustellen, muss die Wirtschaft von übermäßigen Belastungen befreit werden.

Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Deswegen soll sich die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik grundsätzlich auf die Festsetzung von Rahmenbedingungen beschränken.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER appellieren an die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmern und Leistungsträgern. Ihre Entscheidungen nehmen unmittelbar Einfluss auf die Zukunft der Menschen, Städte und Gemeinden und bringen unser Land voran. Neben Gewinn und Erfolg sollen auch die Menschen mit ihren sozialen Bedürfnissen eine tragende Rolle im unternehmerischen Denken und bei wirtschaftlichen Entscheidungen einnehmen.
- (2) Unternehmer haben eine hohe soziale Verantwortung im Umgang mit den Arbeitnehmern. Dazu zählen eine angemessene Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen. Jegliche systematische Ausnutzung der Arbeitnehmer, wie beispielsweise durch Dumping-Löhne in der Zeitarbeit, lehnen wir FREIEN WÄHLER rigoros ab.

- (3) Um unternehmerischer Kreativität auch künftig Freiheiten zu ermöglichen, müssen übermäßige Belastungen abgeschafft werden. Durch konsequenten Bürokratieabbau wollen wir FREIEN WÄHLER tatkräftige Unterstützung leisten - für die Wirtschaft allgemein und für den Mittelstand im Besonderen.
- (4) Deutschland braucht seine unternehmerischen Leuchttürme. Betriebe von Weltrang sind unbezahlbare Werbeträger, akquirieren regionale Aufträge für kleine und mittlere Unternehmen und tragen einen erheblichen Teil zur Innovationskraft bei. Unsere Wirtschaftspolitik sieht eine ausgewogene Struktur vor, in der sich die Unternehmen - unabhängig von ihrer Größe - gegenseitig respektieren und soziale wie regionale Verantwortung übernehmen.
- (5) Bei Neuregelungen ist darauf zu achten, dass das Handwerk nicht zusätzlich belastet wird. Die bestehenden Rahmenbedingungen müssen verbessert werden.

2. Verkehr

Unser Staat trägt die Verantwortung für eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Gerade durch die zentrale Lage Deutschlands in Europa sind leistungsfähige Transportwege für die Bürger und die Wirtschaft unerlässlich, egal ob auf der Schiene, auf der Straße, zu Wasser oder in der Luft. Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für alle Verkehrsteilnehmer ein. Eine besondere Herausforderung ist es dabei, die Attraktivität des Öffentlichen Verkehrs für Bürger, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, zu steigern.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für den Erhalt und den Ausbau des Verkehrsinfrastrukturnetzes ein. Einen besonderen Stellenwert muss dabei die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene bekommen. Unsinnige Prestigeprojekte lehnen wir zugunsten des Erhalts bestehender Strukturen ab. Die jahrelange Unterfinanzierung des Bundesverkehrssetats wollen wir beenden, um dringend notwendige Projekte umzusetzen.
- (2) Die Verkehrsnetze sehen wir als Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Eine zunehmende Übernahme staatlicher Aufgaben durch Privatinvestoren sehen wir deshalb kritisch.
- (3) Bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans fordern wir mehr Transparenz, Ehrlichkeit und eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung.

- (4) Die Kommunen und die Länder dürfen bei der Finanzierung dringend notwendiger Finanzierungsmaßnahmen nicht alleine gelassen werden. Dementsprechend setzen wir uns nachhaltig für eine kommunalfreundliche Nachfolgelösung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG), der Mittelzuweisungen gemäß Entflechtungsgesetz (EntfLG) sowie einer Mittelzuweisung nach dem Regionalisierungsgesetz an die Länder auf dauerhaft hohem Niveau ein.
- (5) Den Ausbau der Verkehrswege innerhalb Europas begrüßen wir. Er darf aber nicht dazu führen, dass die ländlichen Regionen noch stärker als bisher von den Ballungszentren abgeschnitten werden.
- (6) Bei allen Verkehrsprojekten und auf allen Verkehrsträgern muss auf die Anforderungen barrierefreier Mobilität besonderes Augenmerk gelegt werden.
- (7) In der Hafenpolitik ist eine länderübergreifende Kooperation anzustreben.
- (8) Wir FREIEN WÄHLER sehen den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als vordringliche Aufgabe des Staates. Dabei dürfen die ländlichen Regionen nicht abgehängt werden. Gerade dort muss die öffentliche Hand besondere Anstrengungen unternehmen, um auch in dünner besiedelten Landesteilen ein attraktives und eigenständiges Angebot im öffentlichen Verkehr anbieten zu können.
- (9) Um den wachsenden Verkehrsaufkommen in Metropolen entgegenzuwirken, unterstützen wir neue Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing und E-Bikes.
- (10) Wir treten für einen besseren Lärmschutz bei Flughäfen, Straße und Schiene ein. Es sind geeignete Maßnahmen gegen die zunehmende Ausweitung der Missachtung des Nachtflugverbotes und die Unterwanderung der Ruhezeiten durch Ausnahmeanträge der Fluggesellschaften zu treffen.
- (11) Wir FREIEN WÄHLER wollen den Automobilstandort Deutschland auch für die Zukunft sichern. Die kommenden Herausforderungen im Bereich der Mobilität wollen wir durch Förderungen alternativer Antriebstechniken angehen.

IX. Netz- und Informationspolitik

Für Freiheit und Verantwortung

Die zunehmende Bedeutung der Informations- und Telekommunikationstechnologien führt zu neuen Verfahren und Gewohnheiten im Zusammenleben der Menschen. Hieraus erwächst der Bedarf für eine Überprüfung, Anpassung und Fortentwicklung bestehender Rechtsgrundlagen, aber auch der allgemeinen politischen Gestaltung des Lebens in der digitalen Gesellschaft. Unsere Netzpolitik stellt die Vorteile des Internets in den Vordergrund. Es ist unser erklärtes Ziel, seine Potenziale für unsere Gesellschaft nutzbar zu machen. Zugleich weisen wir aber auf die politischen Herausforderungen hin.

Wir sehen das Internet als Möglichkeit zur Verwirklichung einer starken partizipatorischen Demokratie. Den freien Informationsaustausch, die uneingeschränkten Interaktionsmöglichkeiten der Nutzer weltweit sowie die Schaffung von Transparenz wollen wir weiter fördern. Gleichwohl ist es unser Anliegen, die Freiheit für alle zu bewahren. Wir müssen deshalb Sorge dafür tragen, dass sich verfassungsfeindliche und extremistische Kräfte nicht in einem rechtsfreien Raum bewegen können. Wir FREIEN WÄHLER sehen uns daher auch in der Verantwortung, Delikte im Internet etwa im Bereich der Kinderpornografie, des Betrugs, der Verleumdung und Beleidigung wirkungsmächtig zu unterbinden, um die Bürger vor möglichen Gefahren zu schützen.

- (1) Jedem Bürger muss der Zugang zum Internet durch breitbandige Verbindungen gewährleistet werden. Laut Grundgesetz hat der Bund die zentrale Verantwortung für die Gewährleistung von Kommunikationsdienstleistungen - dieser muss er endlich gerecht werden. Wir FREIEN WÄHLER treten daher dafür ein, dass der Zugang zum schnellen Internet als Daseinsvorsorge verankert wird, und werden entsprechende Förderprogramme auf den Weg bringen.
- (2) Das Internet bietet neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie bequemerer Abwicklung politischer und administrativer Abläufe. Wir FREIEN WÄHLER sehen in „E-Government“ als einer Kombination aus „E-Demokratie“ und „E-Administration“ eine große Chance für die Fortentwicklung unserer Demokratie und setzen uns für eine sukzessive Digitalisierung der Politik ein, wo immer sie einen Mehrwert verspricht.
- (3) Entlang des Alters, des Geschlechts, der sozialen Schicht, des Bildungsstands und des Wohnorts zeichnet sich gegenwärtig ein unterschiedliches Nutzerverhalten in Bezug auf das Internet ab. Wir wollen eine derartige digitale Spaltung der Gesellschaft verhindern, um jedem Bürger die gleichen Teilhabechancen zu ermöglichen.

- (4) Wir wollen die Freiheit des Internets erhalten. Netzsperrern, die Nutzer von der digitalen Gesellschaft ausschließen, lehnen wir ab. Um den Schutz der Netzöffentlichkeit zu gewährleisten und Missbräuche zu verhindern, müssen aber unter der Maßgabe richterlicher Anordnungen die Identität unrechtmäßig Handelnder festgestellt und angemessene rechtliche Schritte eingeleitet werden können.
- (5) Staatliche Eingriffe und Kontrollversuche, z.B. durch Software- und Telekommunikationsüberwachung bedürfen einer klaren rechtlichen Regelung. Wir fordern daher „Trojaner-Gesetze“ für Bund und Länder, um klare Regeln für den Einsatz der Spionage-Software einzuführen.
- (6) Dem Profiling von Nutzerdaten müssen wir Einhaltung gebieten. Durch Datenerhebungen, wie durch Google Analytics und Facebook wird der digitale Bürger zum gläsernen Nutzer. Politik steht in der Verantwortung, die Privatperson angemessen zu schützen. Von Unternehmen, die in Deutschland wirtschaften, verlangen wir deshalb, auch diesbezüglich die deutschen Datenschutzstandards einzuhalten.
- (7) Durch Geodatendienste, wie z.B. Google Maps, sind personenbezogene Daten betroffen und der Schutz gegen mögliche Verletzungen des Persönlichkeitsrechts ist nicht ausreichend gewährleistet. Daher fordern wir gesetzlich bindende Vorschriften im Bundesdatenschutzgesetz, die mit Nachdruck gegenüber den Dienst Anbietern durchgesetzt werden.
- (8) Phishing, Malware und Hacker-Angriffe gefährden unsere Cybersicherheit. Bürger, Unternehmen und die öffentliche Verwaltung sind hiervon in gleicher Weise betroffen. Aufgrund der Bedeutungszunahme des Internets fordern wir daher noch mehr Engagement in diesem Bereich, z.B. durch einen Ausbau des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik.
- (9) Die Kriminalität im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie und der daraus entstehende Schaden wachsen kontinuierlich. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine bessere personelle und technische Ausstattung von Justiz und Polizei bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität, um einigermaßen „Waffengleichheit“ zwischen Tätern und Staat herstellen zu können.
- (10) Das illegale Herunterladen urheberrechtlich geschützter Inhalte über Tauschbörsen, Torrents und Filehoster verursacht großen wirtschaftlichen Schaden. Daher treten wir für den Schutz und die Durchsetzung des Urheberrechts im Internet ein, um eine bessere Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen.
- (11) Wir wollen klare Regelungen des Urheberrechts im Internet schaffen, um Rechtssicherheit zwischen Rechteinhabern, Verwertern und Nut-

zern herzustellen. Dabei unterstützen wir Maßnahmen, die zu einer Entwicklung maßgeschneiderter Geschäftsmodelle zwischen Rechteinhabern und Internetdiensteanbietern führen, um die Konsumentenwohlstand im Netz zu optimieren.

- (12) Wir lehnen die Bevormundung von Nutzern des Internets und Computerspielen ab und setzen auf das Selbstbestimmungsrecht und das Verantwortungsbewusstsein der Bürger im Umgang mit dem Internet.
- (13) Gleichwohl muss der Jugendschutz im Internet besser gewährleistet werden. Daher erachten wir effektivere Gesetze, die den Einzel- und Onlinehandel stärker als bisher beim Verkauf von Computerspielen mit Altersbeschränkung zur Alterskontrolle auffordern, für notwendig. Hierfür wollen wir zum Beispiel die qualifizierte elektronische Signatur des neuen Personalausweises für eine bessere Durchsetzung des Jugendschutzes durch die Alterskontrolle nutzbar machen.
- (14) Wir setzen uns für den Erhalt von Informations- und Bildungsangeboten durch die öffentlich-rechtlichen Medien ein.
- (15) Dies wollen wir durch eine umfassende Stärkung der Medienkompetenz ergänzen, zum Beispiel durch eine allgemeine Netzerziehung an Schulen.

X. Energie, Umwelt- und Verbraucherschutz

Sorgsames und nachhaltiges Handeln für die Lebensqualität heute und morgen

Aktive Umweltpolitik schützt Mensch und Tier. Dazu gehören für uns FREIEN WÄHLER Aspekte des Klimaschutzes, eine zuverlässige, saubere und umweltfreundliche Energieversorgung sowie saubere und gesunde Lebensmittel.

1. Energie

Energieversorgung und Klimaschutz sind für uns FREIEN WÄHLER zentrale Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft. Eine regionale, effiziente und für alle bezahlbare Versorgung durch erneuerbare Energien sowie nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen sind uns FREIEN WÄHLERN ein besonderes Anliegen.

- (1) Gerade in Zeiten knapper Kassen und finanzieller Unterversorgung vieler Gemeinden sehen die FREIEN WÄHLER die erneuerbaren Energien als nachhaltigen Entwicklungsbeschleuniger und Jobmotor der Zukunft. Ziel ist, nach und nach durch Energieeinsparung, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien einen Großteil des gesamten Strombedarfs zu decken. Langfristig sind auch Wärme und Verkehr durch erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Energieeffizienz und -einsparung abzudecken.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER fordern, insbesondere die Forschung und Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien und in den Energiespeichertechnologien ambitioniert zu unterstützen. Nur wer von Energieimporten und damit steigenden Preisen unabhängig ist, kann sich der regionalen Versorgungssicherheit und Preisstabilität sicher sein.
- (3) Eine lokale Wertschöpfung durch Installation, Betrieb und Wartung regenerativer Kraftwerke garantiert dem Bürger, dem Handwerk, der Landwirtschaft und letztlich den Kommunen zusätzliche Einnahmen durch Beschäftigung bzw. Steuern. Wir FREIEN WÄHLER wollen entsprechende Rahmenbedingungen schaffen und langfristig Planungssicherheit gewährleisten. Genossenschaftsmodelle in der Energieerzeugung wollen wir zum Wohle der Bürger stärken.
- (4) Wir FREIEN WÄHLER halten am Atomausstieg fest. Für die Altlast an Atom Müll fordern wir, eine Lagerstätte mit höchsten Sicherheitsstandards und rückholbarer Einlagerung zu finden und einzurichten. Dabei sind die Produzenten von Atom Müll finanziell in die Pflicht zu nehmen.

Damit auch zukünftige Generationen vor radioaktiven Gefahren geschützt werden, ist der Wissenstransfer über die Sicherheitsanforderungen zu gewährleisten.

- (5) Wir FREIEN WÄHLER wollen Maßnahmen wie Investitionsförderung oder Anreizprogramme, z.B. zur Gebäudesanierung fördern, um den Energieverbrauch zu senken. Zur Koordinierung all dieser Aufgaben ist ein Bundesenergieministerium einzurichten.
- (6) Energieversorgung ist nach unserem Verständnis eine zentrale und wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch der Umbau, der Ausbau und die Versorgung mit Energie sowie die Stromtrassen sind im Bürgerinteresse zu gestalten. Modelle zur Bürgerbeteiligung in Kooperation mit Stadtwerken sind auszuarbeiten und zur Verfügung zu stellen.

2. Umwelt

Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck, sondern sichert und verbessert nachhaltig die Symbiose zwischen Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen für die Menschen künftiger Generationen.

- (1) Wir treten für den Erhalt der Biodiversität ein. Der Schutz der Arten- und Sortenvielfalt in unterschiedlichen Lebensräumen sichert das biologische Gleichgewicht sowie die Lebensgrundlage der Bürger. Die FREIEN WÄHLER setzen auf eine ausgewogene, sanfte Weiterentwicklung der unterschiedlichen Kulturlandschaften. Wir setzen uns für die Bewahrung unserer heimischen Naturräume ein. Das Wattenmeer ist ebenso schützenswert, wie unsere typischen Gebirgs-, Wald-, Seen-, Fluss- oder Heidelandschaften.
- (2) Nur ein möglichst geringer Eintrag von Schadstoffen in Boden, Wasser und Luft kann unseres Erachtens nachhaltig die Gesundheit der Bürger schützen.
- (3) Flächenverbrauch und Flächeninanspruchnahme für Verkehrs- und Siedlungsentwicklung sollen reduziert werden, um auch den nachfolgenden Generationen noch genügend Planungsspielraum zu erhalten. Dabei sind immer die Interessen der Kommunen zu berücksichtigen. Maßnahmen und Förderungen zur Revitalisierung von Innenstädten und zur Renaturierung von Industrie- und Gewerbebrachen sollen Vorrang haben. Bei Projekten mit großflächiger Naturzerstörung ist auf die Betroffenheit und den Willen der Bürger besonders Rücksicht zu nehmen. Gleiches gilt bei der Ausweisung von großflächigen Schutzgebieten. Auch hier müssen die Bürger maßgeblich beteiligt werden.

- (4) Wir FREIEN WÄHLER streben einen Verzicht auf genveränderte Lebens-, Saat- und Futtermittel an. Die Risiken der Agrogentechnik sind noch weitgehend unerforscht.
- (5) Die Rückkehr bzw. die Zuwanderung von Tierarten bereichert unsere Kulturlandschaft solange sie diese und unsere heimischen Arten nicht gefährdet. Deshalb fordern wir, dass frühzeitig geeignete Entschädigungs- oder Abwehrmaßnahmen für Schäden, z.B. in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Fischerei, getroffen werden, um die Akzeptanz bei den Betroffenen sicherzustellen.

3. Verbraucher- und Datenschutz

Der Verbraucherschutz betrifft viele Lebensbereiche. Seine Aufgaben umfassen ein breites Spektrum. Das Ziel unserer Verbraucherschutzpolitik ist der gut informierte und mündige Bürger. Hierzu leistet die unabhängige Verbraucherberatung einen wichtigen Beitrag.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER fordern einen geeigneten Rechtsrahmen für die effektive Durchsetzung der Verbraucherrechte. Dazu bedarf es klarer Regeln und Transparenz. Die Bürger müssen ohne großen Aufwand ihre Verbraucherrechte überblicken können. Gleichzeitig gilt es zu verhindern, Verwaltung und Unternehmen durch bürokratische Regelungen zu überlasten. Gesetzliche Vorgaben sind allerdings dann notwendig, wenn eine Selbstregulierung nicht funktioniert. Vor allem im Bereich des Finanzmarktes und in der digitalen Welt sind verbraucherfreundliche Regelungen notwendig.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns für die Herstellung heimischer Lebensmittel und eine verstärkte Regionalisierung in der Produktion ein. Lebensmittel aus der Region erleichtern einen nachhaltigen und klimafreundlichen Konsum und können dazu beitragen, die strukturimmanenten Risiken globalisierter Produktions- und Handelswege abzumildern.
- (3) Wir fordern eine klare Lebensmittelkennzeichnung und bessere Verbraucherinformationen.
- (4) Das Thema Datenschutz gewinnt aufgrund der Globalisierung und des technischen Fortschritts zunehmend an Bedeutung. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Wir fordern einheitliche datenschutzrechtliche Standards über Deutschlands Grenzen hinaus. Den Verbrauchern müssen endlich stärkere Rechte garantiert werden und international tätige Wirtschaftsunternehmen einheitlichen Datenschutzerfordernungen unterliegen. Der hohe nationale Standard in Deutschland darf dabei aber keinesfalls abgesenkt werden.

XI. Landwirtschaft, Fischerei und Jagd

Landwirtschaft und Forstwirtschaft – Qualität und Wertschöpfung in der Region halten!

Wir FREIEN WÄHLER halten eine gute Infrastruktur sowie eine gesunde Land- und Forstwirtschaft für die Grundvoraussetzungen eines lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raums. Die Land- und Forstwirtschaft, die Jagd und Fischerei stellen nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sicher, sondern erfüllen vielmehr unersetzbare wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben. Sie bieten auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Die Berücksichtigung von sozialen Standards, Umwelt- und Tierschutzstandards ist Grundvoraussetzung für jedes landwirtschaftliche Handeln.

- (1) Eine flächendeckende und bäuerlich strukturierte Landwirtschaft zu erhalten und zu stärken, ist das Ziel unserer Agrarpolitik. Hochwertige Lebensmittel erfordern angemessene Erzeugerpreise. Planungssicherheiten müssen geschaffen und Perspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft in ihrer vielfältigen Struktur erarbeitet werden. Um die Wertschöpfung in der Region zu halten und zu verbessern, ist der Absatz regionaler Qualitätsprodukte zu fördern.
- (2) Im Umwelt- und Naturschutz setzen wir FREIEN WÄHLER auf die Kooperation mit den Landwirten anstatt auf überbordende ordnungspolitische Vorgaben und ausufernde gesetzliche Regelungen. Unter stabilen Rahmenbedingungen muss unternehmerisches, freies Handeln gewährleistet sein. Um Umwelt- und Klimaziele zu erreichen, wollen wir effiziente Technologien und angewandte Forschung fördern.
- (3) Wir wollen optimierte Vermarktungsstrukturen, um die Bauern innerhalb der Wertschöpfungskette zu stärken. Bei der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen Marktordnungselemente gezielt weiterentwickelt und dort eingesetzt werden, wo Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen sind. Um auf Marktverwerfungen schnell reagieren zu können, müssen die Marktordnungselemente flexibel einsetzbar sein.
- (4) Wir FREIEN WÄHLER fordern eine Verstärkung des regionalen Einflusses auf die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik.
- (5) Wir wollen eine Anpassung der EU-Biopatentrichtlinie, um Patente auf Tiere und Pflanzen zu unterbinden. Die genetische Artenvielfalt ist notwendig, um künftige Herausforderungen wie Klimawandel oder Ernährungssicherung meistern zu können. Wir FREIEN WÄHLER lehnen das Klonen, die Vermarktung von Klontieren sowie den Einsatz von Agrogentechnik entschieden ab.

- (6) Politisches Ziel der FREIEN WÄHLER im Bereich der Waldwirtschaft ist es, weitere Anreize zu schaffen, um die Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und vor zerstörerischen Eingriffen zu schützen. Dies muss in enger Zusammenarbeit mit den Waldbesitzern, Jägern und Förstern vor Ort geschehen.
- (7) Landwirtschaftlicher Grund und Boden darf kein Spekulationsobjekt werden.
- (8) Wir erkennen das Jagdrecht als ein mit dem Grundeigentum untrennbar verbundenes Recht an.
- (9) Das deutsche Waffenrecht ist eines der strengsten der Welt, deshalb sehen wir keinen Bedarf für weitere Verschärfungen.

XII. Europa- und Außenpolitik

Für Freiheit, Frieden und Wohlstand

Deutschland ist ein verlässlicher Partner innerhalb und außerhalb Europas. Unser erklärtes Ziel ist ein friedliches Zusammenleben der Völker.

1. Europa

Wir FREIEN WÄHLER sind proeuropäisch und Befürworter des europäischen Einigungsprozesses. Nur dieser garantiert uns Sicherheit und Frieden, Freiheit und Mobilität, wirtschaftlichen Wohlstand und Raum zur Selbstverwirklichung. Wir treten für ein demokratisches Europa ein, das den Schutz der persönlichen Freiheit garantiert, nationale, regionale und lokale Identitäten aber nicht in Frage stellt. Europa muss verständlicher werden. Daher setzen wir uns für ein transparenteres Europa ein. Wir fordern ein Europa, das sich nicht zwanghaft zum Bundesstaat weiterentwickeln muss, sondern sich zuvorderst an dem Willen der Bürger orientiert. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine effektivere Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips sowie mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger. Hierdurch wollen wir das europäische Motto „In Vielfalt geeint“ mit neuem Leben füllen.

- (1) Über die Zukunft Europas sollen sich künftig nicht länger abgeschottete elitäre Reflexionsgruppen Gedanken machen. Stattdessen fordern wir FREIEN WÄHLER, dass Konvente unter breitem Einbezug der europäischen Zivilgesellschaft Ideengeber für das zukünftige Europa werden.
- (2) Wir FREIEN WÄHLER setzen uns nachdrücklich für Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen zur Zukunft Europas ein. Weitere Reformen, insbesondere durch die Übertragung nationaler Kompetenzen auf die europäische Ebene, müssen unseres Erachtens künftig auch von den Bürgern beschlossen werden.
- (3) Wir wollen mehr direkte Demokratie in Europa. Die Europäische Bürgerinitiative soll weiterentwickelt werden, um künftig auch Volksentscheide auf europäischer Ebene zur Mitgestaltung des Sekundärrechts möglich zu machen.
- (4) Sofern Landeskompetenzen durch eine weitere Übertragung von Kompetenzen betroffen sind, sollen künftig auch die Länderparlamente über EU-Reformen abstimmen.

- (5) Wir treten für die strikte Durchsetzung und Einhaltung der Europäischen Verträge ein. Hierzu zählt insbesondere die Ablehnung der Vergemeinschaftung der Schulden von Mitgliedsländern. Vereinbarungen wie durch den ESM-Vertrag, die jenseits der Europäischen Verträge getroffen werden, um hier einzelne Bestimmungen außer Kraft zu setzen, lehnen wir ab.
- (6) Eine EU-Steuer lehnen wir ab. Eine solche Änderung des bestehenden Finanzierungssystems der EU widerspricht dem Charakter der Europäischen Union als Staatenverbund. Wir sehen hierdurch die Haushaltsdisziplin auf europäischer Ebene gefährdet und befürchten eine höhere Steuerbelastung der Bürger und Unternehmen in Deutschland.
- (7) Wir sehen die Notwendigkeit, auf europäischer Ebene klare Vorgaben und Spielregeln zu implementieren, um künftige Finanz- und Wirtschaftskrisen erst gar nicht entstehen zu lassen.
- (8) Wir wollen ein transparenteres Europa für mehr Bürgernähe und Akzeptanz.
- (9) Wir fordern ein Europa der Regionen, das lokale Unterschiede berücksichtigt und in Deutschland von den Bürgern sowie sich weiterhin selbstverwaltenden Kommunen getragen wird.
- (10) Wir wollen ein demokratischeres Europa, in dem die Macht des Europäischen Rats nachhaltig zurückgedrängt wird. Wir fordern daher die weitere Stärkung des Europäischen Parlaments, insbesondere durch Etablierung eines Initiativrechts für diese Kammer.
- (11) Wir setzen uns für eine weitere Aufwertung des Ausschusses der Regionen ein. Seine Einspruchsrechte in Subsidiaritätsfragen wollen wir stärken, seine Weiterentwicklung zur dritten Kammer neben Ministerrat und Europäischem Parlament vorantreiben.
- (12) Wir treten für eine weitere Stärkung der Länderparlamente im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems ein, damit der Einfluss regionaler Volksvertreter ausgebaut wird und besser auf regionale Belange bei der europäischen Gesetzgebung eingegangen werden kann.
- (13) Wir fordern die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips auf allen Stufen des europäischen Mehrebenensystems sowie eine klarere Zuständigkeitsregelung für die EU, den Bund, die Länder, die Regionen und die Kommunen.
- (14) Wir wollen das Konzept der Makroregion weiterentwickeln, um regionale grenzübergreifende Kooperationen zu erleichtern, den territorialen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken und Herausforderungen der Zukunft wirkungsmächtig auf regionaler Ebene begegnen zu können.

- (15) Wir treten für eine Intensivierung der EU-Nachbarschaftspolitik im Rahmen der Union für das Mittelmeer, der Östlichen Partnerschaft und der Schwarzmeersynergie ein, um die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Marktwirtschaft an der Peripherie der Europäischen Union nachhaltig zu stärken.
- (16) Wir sind für eine ideologiefreie Debatte über die EU-Erweiterung. Europäischen Ländern, die sich um die Einhaltung der Prinzipien Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie bemühen, sollte grundsätzlich eine Beitrittsperspektive gegeben werden, um ihnen die Teilhabe am europäischen Friedenswerk nicht von vornherein zu verwehren.
- (17) Wir treten für eine europäische Wirtschaftsordnung nach den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft ein, die mittelstandsorientierte, dezentrale und regionale Wirtschaftsstrukturen fördert.
- (18) Wir fordern einen freien Wettbewerb im EU-Binnenmarkt, wobei gleichzeitig die Reduzierung unnötiger Bürokratie und Vereinfachung der Rechtsanwendung sichergestellt werden muss.
- (19) Wir treten für eine effiziente und moderne Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ein, die sowohl den Bedürfnissen der Städte als auch des ländlichen Raums gerecht wird.
- (20) Wir setzen uns für eine effektivere und intensivere Kohäsionspolitik auf europäischer Ebene ein, um Folgewirkungen aus ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungen abzufedern und damit den Standort Europa international wettbewerbsfähig zu halten und nachhaltiges Wachstum zu sichern.
- (21) Wir fordern flexiblere Förderinstrumente, um ländliche Strukturen zielgerichteter entwickeln zu können.
- (22) Wir setzen uns für ein Europa ohne Atomkraft und mit nachhaltiger regenerativer Energieversorgung ein.
- (23) Wir sind für eine verstärkte parlamentarische Kontrolle der europäischen Sicherheitsbehörden wie Europol und Eurojust und für eine verstärkte europäische Zusammenarbeit zur internationalen Terrorismus- und Kriminalitätsbekämpfung.
- (24) Wir unterstützen die Schaffung europäischer Mindeststandards im Strafverfahrensrecht.

2. Außenpolitik

Wir FREIEN WÄHLER gehen die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts an. Die Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik ist in den vergangenen 20 Jahren drastisch gestiegen. Dieser wollen wir als europäische Zivilmacht durch eine solide, friedliche und vor allem berechenbare Außenpolitik gerecht werden.

In einer multipolaren Welt wachsen die internationalen Anforderungen an eine Außenpolitik der Werte und Verantwortung. Wir halten daher den Einsatz für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Gewährleistung der Freiheit, der Demokratie, des Rechtsstaats und der Menschenrechte in der Welt für die Basis unseres Handelns in den internationalen Beziehungen. Wir sehen Außenpolitik als friedliches Mittel zur Bewältigung der akuten globalen Herausforderungen, von der Bekämpfung des Klimawandels, des Hungers in der Welt, der Ressourcensicherheit, wie Energie, Rohstoffe und Wasser, bis hin zur Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Wir sind der Überzeugung, dass deutsches außenpolitisches Engagement stets sehr stark multilateral eingebettet sein muss. Daher befürworten wir das deutsche Engagement in internationalen Organisationen, wie WTO, UNO und NATO, um globale Probleme durch kollektives Handeln sinnvoll lösen zu können.

- (1) Wir FREIEN WÄHLER wollen Globalisierung aktiv mitgestalten anstatt Objekt internationaler Trends zu werden. Durch neue aufstrebende Märkte in der Welt wird der Standort Deutschland künftig einem zunehmend stärkerem Wettbewerb ausgesetzt sein. Außenpolitik ist für uns daher auch zugleich Außenwirtschaftspolitik, um neue Märkte zu erschließen und zu öffnen sowie Deutschland international noch besser zu vernetzen. Deutsche Außenpolitik muss dazu dienen, Protektionismus in der Staatengemeinschaft zu beenden und zu verhindern.
- (2) Alte Bündnisstrukturen wollen wir fortentwickeln. Die transatlantische Partnerschaft sowie die engen deutsch-französischen Beziehungen sollen auch weiterhin eingebettet im europäischen Rahmen die Basis unserer außenpolitischen Orientierung sein. Wir befürworten dabei insbesondere auch den Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation mit Nordamerika. Gleichwohl erfordert die neue Multipolarität verstärkte Bemühungen zur Vernetzung mit wirtschaftlich mächtiger werdenden Staaten. Entsprechend setzen wir uns insbesondere für eine Stärkung der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China ein.
- (3) Deutsche Außenpolitik steht in der Verantwortung, globalen Frieden zu sichern. Unser Engagement in der EU, in internationalen Organisationen und in zwischenstaatlichen Beziehungen muss darauf abzielen, un-

terdrückte Völker zu unterstützen, sich für Menschenrechte einzusetzen und zu versuchen, Krisenherde durch friedliche Diplomatie zu löschen.

- (4) Wir sind für die Weiterentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen, um für unsere Grundsätze Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte werben und Frieden und Wohlstand dadurch sichern zu können.
- (5) Völker, die sich von despotischen Regimen lossagen, wollen wir auf ihrem Weg zu Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten konstruktiv begleiten. Auf die Transformationsprozesse in Folge des Arabischen Frühlings an der Peripherie der Europäischen Union wollen wir nicht durch Bevormundung, sondern durch konstruktive Förderungen und Hilfestellungen einwirken, um den Völkern des arabischen Raums auf dem Weg zur Freiheit unterstützend zur Seite zu stehen.
- (6) Im Nah-Ost-Konflikt werben wir für eine Zwei-Staaten-Lösung für einen dauerhaften Frieden in der Region. Maßgebend für die deutsche Außenpolitik sind aber aufgrund des historischen Erbes unseres Landes die Sicherheit und das Existenzrecht Israels.
- (7) Die deutsche Entwicklungshilfe muss auf den Prüfstand gestellt werden. Sie muss dazu dienen, zielgerichteter Wirtschafts-, Bildungs-, und Sozialstrukturen vor Ort aufzubauen.
- (8) Lieferungen von Waffen in autoritäre Regime, die diese absehbar gegen die eigene Bevölkerung oder für Angriffskriege verwenden können, lehnen wir entschieden ab.
- (9) Die Struktur der Bundeswehr muss den Erfordernissen einer modernen Verteidigungsarmee ständig neu angepasst werden. Die Schließung und Verkleinerung von Bundeswehrstandorten in ganz Deutschland haben allerdings zum Teil heftige Auswirkungen auf die betroffenen Regionen. Wir setzen uns daher für eine Politik der Abmilderung der Folgen für die Kommunen und Bürger vor Ort ein.
- (10) Wir stehen zur NATO als transatlantische Werte-, Interessen- und Solidargemeinschaft. Diese wollen wir für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fortentwickeln.
- (11) Wir treten für eine neue Kultur der Zurückhaltung in der Außenpolitik ein: Internationales Engagement muss weiterhin stark in multilaterale Kontexte eingewoben sein, während militärisches Eingreifen, z.B. durch die Beteiligung an OUT-OF-AREA-Einsätzen, mit weitaus mehr Zurückhaltung erfolgen sollte.
- (12) Das Verhältnis zwischen NATO und Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) muss klar austariert werden. Die

Teilnahme an sog. OUT-OF-AREA-Einsätzen darf nur im Rahmen eines UN-Mandats erfolgen. Im Rahmen der Entscheidung über die Verlängerung solcher Einsätze fordern wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durch Volksentscheide. Entwicklungen hin zu einem grundsätzlich proaktiven Sicherheitsbündnis lehnen wir ab.

- (13) Das Mittel der Städtepartnerschaft, das Kommunen und damit die Bürger weltweit miteinander vernetzt, soll durch staatliche Außenpolitik stärker unterstützt und koordiniert werden.